

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 21 – Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen Landtagsfraktion,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 434.08 / 11.12.2008

Das Finanzmarktcasino muss geschlossen werden

Die FDP nimmt für sich in Anspruch, beim Thema Wirtschaft die Kompetenz überhaupt darzustellen. Sie steht nun in den Zeiten der weltweiten Finanzkrise und der aufziehenden Wirtschaftskrise ziemlich dumm da. Guido Westerwelle, zum Beispiel, sagte beim Dreikönigstreffen der FDP, Deutschland braucht eine grundlegende Kurskorrektur in Richtung weniger Steuern, weniger Staat und Deregulierung.

Das unregulierte Geschehen auf den Finanzmärkten hat dazu geführt, dass massenhaft so genannte innovative Finanzprodukte erfunden, gehandelt und gekauft wurden. Für diese Finanzprodukte, die so genannten Transaktionen, für diese Finanzprodukte gibt es keinen Markt mehr, das Kettenbriefsystem ist zusammengebrochen. Es folgt der Ruf nach dem Staat. Das hohe Lied auf die Liberalisierung der Märkte ist verstummt. So fordert der FDP-Bundestagsabgeordnete Solms sogar eine Teilverstaatlichung aller Banken und spricht sich gegen das Freiwilligenprinzip bei der Inanspruchnahme des Rettungspaketes aus.

Wegen der Bankenkrise öffnen Bund und Länder die Kassen. 500 Milliarden Euro werden innerhalb von zwei Wochen bereitgestellt, um den Markt der Kreditvergabe innerhalb der Banken wieder zu beleben und Insolvenzen zu verhindern. Wirtschafts- und finanzpolitisch mag das richtig sein, aber was ist das für ein Signal! Wieso soll denn gespart werden, fragen völlig zu recht die Bürgerinnen und Bürger. Ohne mit der Wimper zu zucken werden 500 Milliarden Euro bereitgestellt und der Regelsatz für Hartz IV wird gerade mal um vier Euro pro Monat auf 351 Euro erhöht. Hier stimmen die Verhältnisse nicht mehr. Die Nahverkehrsmittel werden gekürzt, die Krankenkassenbeiträge werden erhöht, das Pflegesystem bringt regelmäßig Skandalmeldungen hervor, aber für die Zo-

cker im Finanzsystem ist Kohle ohne Ende da. Lohnforderungen der Gewerkschaften werden als utopisch diffamiert, es wird gegen einen Mindestlohn gestritten, als ob damit das Wirtschaftssystem gefährdet würde.

Der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus hat in einem Interview erklärt, der heutige Kapitalismus ist zu einem Spielcasino verkommen. Der Finanzmarkt ist getrieben von Gier. Die Forderung von attac ist vollkommen richtig: Die Politik muss das Casino schließen! So genannte Steueroasen müssen ausgetrocknet werden. Das geht. Man kann Banken, die dort Zweigstellen unterhalten, die Zulassung bei uns entziehen. Das Casino schließen: Es geht, man muss es nur wollen.

Die FDP fordert nun öffentliche Investitionen vor zu ziehen. Die CDU kontert und sagt, das machen wir doch schon. Es wird auf den Doppelhaushalt und die Nachschiebeliste verwiesen. Angesichts der akuten Finanzkrise ist auch das Land in der Pflicht, arbeitsmarktwirksame Investitionen zu tätigen, um die Konjunkturflaute zu überwinden. Solche Investitionen sollten drei Kriterien erfüllen:

- > Es soll sich um ökonomisch und ökologisch sinnvolle Zukunftsinvestitionen handeln. -
- > Auch Privathaushalte müssen von den Fördermitteln profitieren können, um so Multiplikatoreffekte zu erreichen.
- > Die Investitionen sollen so getätigt werden, dass vorrangig die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein davon profitiert und so der lokale Arbeitsmarkt gestärkt wird.

Die große Koalition jedoch befreit mal schnell alle Autos von der KFZ-Steuer. Der Porsche-Fahrer lässt grüssen. Investitionen in eine engagierte Umwelt- und Klimaschutzpolitik sind Zukunftsinvestitionen, die von den Kommunen und vom Land tatkräftig unterstützt werden sollen. Aktiver Klimaschutz ist zugleich die beste nachhaltige Wirtschaftspolitik. Die Windkraftindustrie und die energetische Gebäudesanierung sind die einzigen schnell wachsenden Wirtschaftszweige in Schleswig-Holstein geworden. Um das Klimaschutzziel von 80 Prozent CO₂-Einsparung bis 2050 zu erreichen, müssen u.a. bis 2050 alle Wohnungen auf Niedrigenergiestandard gebracht werden. Das bedeutet, dass die jährliche Quote der wärmetechnischen Sanierung unserer Häusersubstanz von heute 0,5 Prozent auf knapp 3 Prozent angehoben werden muss. Diese Investitionen fließen direkt dem Handwerk in Schleswig-Holstein zu.

Zu einem Konjunkturprogramm, was diesen Namen auch verdient, gehören ein gesetzlicher Mindestlohn und die Anhebung des Regelsatzes der Hartz IV-EmpfängerInnen, der den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgleicht. Beide Maßnahmen stärken die Kaufkraft und das Geld geht direkt und 100 Prozent in den Konsum.
